

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

- 1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
– Drucksachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) –

Agrarbericht 1996

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**
– Drucksache 13/3978 –

- 3. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**
– Drucksache 13/3977 –

- 4. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke**
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/3997 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) –

Agrarbericht 1996

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

A. Problem

Die Bundesregierung legt gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes jährlich bis zum 15. Februar einen Rechenschaftsbericht über die Situation der Landwirtschaft vor. Im Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – wird unter anderem ausgeführt, daß der ausgewiesene Gewinnanstieg im Berichtszeitraum 1994/95 die Gewinneinbußen der Vorjahre nicht ausgleichen konnte. Ferner wird festgestellt, daß der Einkommensabstand zwischen Land-

wirtschaft und übriger Wirtschaft sich nicht verringert habe. Darüber hinaus habe sich die Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft zu den Hauptkonkurrenten im EU-Binnenmarkt verschlechtert. Weiter wird bemängelt, daß der deutschen Landwirtschaft 1995 durch die Aufwertung der Grünen Kurse beträchtliche Einkommensverluste entstanden seien, die nicht ausgeglichen werden konnten. Die Bundesregierung habe sich geweigert, auch nur annäherungsweise die Währungsverluste nach Höhe und Verteilung auf die Betriebsformen als Grundlage für ihre Ausgleichspolitik auszuweisen. Die jetzt angelaufene Verteilung der für den Währungsausgleich vorgesehenen Mittel setze daher nicht bei den wirklich Währungsgeschädigten an. Die Fraktion der SPD sei der Auffassung, daß nach den bisherigen Ankündigungen weder eine Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz noch ein Bodenschutzgesetz dem Deutschen Bundestag zur Beratung und Entscheidung zugeleitet worden sei. Darüber hinaus gehe das Waldsterben, auch verursacht durch Immissionen aus der Landwirtschaft, weiter.

Die Fraktion der SPD fordert mit ihrem Antrag die Bundesregierung auf, angesichts der Einkommens- und Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft, in Zukunft im Interesse der Sicherung des Agrarstandortes Deutschland und im Interesse der Entwicklung der ländlichen Räume alles daran zu setzen, daß die zur Verfügung stehenden knappen Fördermittel des Bundes und der EU vorrangig für investive und nicht für konsumtive Zwecke eingesetzt werden. Des weiteren wird gefordert, die Produktion nachwachsender Rohstoffe umweltverträglich zu gestalten und die Märkte volkswirtschaftlich sinnvoll zu entwickeln. Darüber hinaus sei die EU-Agrarreform konsequent und ökologisch sinnvoll weiterzuentwickeln und Konzepte dem Parlament vorzulegen. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, alles daran zu setzen, daß die Tierbestände in den neuen Ländern nicht weiter abgebaut werden. Weiter soll verhindert werden, daß der einseitige Marktfreudbau, der einer Kreislaufwirtschaft entgegensteht, nicht weiter um sich greift. Dem Rückgang der Marktanteile im Veredelungsbereich sei Einhalt zu gebieten. Der Umstrukturierungsprozeß in den neuen und alten Ländern sei so zu begleiten, daß er sozialverträglich erfolgen könne. Dazu gehöre auch eine realistische Altschuldenbewertung in den neuen Ländern, die die Zukunft der landwirtschaftlichen Unternehmen nicht behindere, sondern fördere.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird im Antrag auf Drucksache 13/3997 der Verlust von 100 000 Arbeitsplätzen im Jahr 1995 in der Landwirtschaft und im Gartenbau bemängelt, der politisches Handeln der Bundesregierung zwingend notwendig mache. Entgegen allen politischen Erklärungen der Bundesregierung haben sich die Einkommensverhältnisse und Wettbewerbschancen der nach dem „Schrumpfungsprozeß“ verbleibenden Betriebe nicht verbessert. Seit ca. sieben Jahren habe der durchschnittliche Unternehmensgewinn nicht zu-, sondern abgenommen. Die ökologische Bedeutung von umweltgerechter Land- und Forstwirtschaft und regionaler Versorgung mit gesunden Lebensmitteln werde von der Bundesregierung weitgehendst igno-

riert. Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung von Land- und Forstwirtschaft, Wein- und Gartenbau sowie der nachgelagerten Bereiche ein Bündnis für Arbeit und Umwelt im „ländlichen Raum“ zu unterstützen und dahin gehende Initiativen zu ergreifen. Ferner seien Sofortmaßnahmen notwendig, um dem weiteren Arbeitsplatzabbau in der Landwirtschaft wirksam zu begegnen. Letztlich fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag, die bestehenden Förderprogramme mit Transferleistungen auf ökologische Leistungen auszurichten.

B. Lösung

Einvernehmliche Kenntnisnahme des Agrarberichts 1996 der Bundesregierung auf den Drucksachen 13/3680 und 13/3681.

Annahme des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/3978 und Ablehnung der Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/3977 und 13/3997.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Agrarbericht – Drucksachen 13/3680, 13/3681 – zur Kenntnis zu nehmen,
- b) den Entschließungsantrag – Drucksache 13/3978 – unverändert anzunehmen,
- c) die Entschließungsanträge – Drucksachen 13/3977 und 13/3997 – abzulehnen.

Bonn, den 12. Juni 1996

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Siegfried Hornung
Berichterstatter

Dr. Gerald Thalheim
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Siegfried Hornung und Dr. Gerald Thalheim

1. Beratungsgang

Bei der Beratung des Agrarberichts 1996 der Bundesregierung in der 92. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. März 1996 haben die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. einerseits und die Fraktion der SPD sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN andererseits je einen Entschließungsantrag eingebracht, die an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und mitberatend an den Ausschuß für Wirtschaft (nur Drucksache 13/3997); den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Gesundheit, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus sowie den Haushaltsausschuß überwiesen worden sind.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner 31. Sitzung am 24. April 1996 beschlossen, auf die Beratung – Drucksache 13/3997 – zu verzichten.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Agrarbericht 1996 – Drucksachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) – in seiner 51. Sitzung am 17. April 1996 beraten und dem federführenden Ausschuß Kenntnisnahme der Vorlagen empfohlen. In gleicher Sitzung hat der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/3978 beraten und dem federführenden Ausschuß die Annahme der Vorlage empfohlen und den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – und den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3997 – beraten und dem federführenden Ausschuß empfohlen, diese abzulehnen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Agrarbericht 1996 – Drucksachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) – sowie die Entschließungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3978 –, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – und den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3997 – in seiner Sitzung am 8. Mai 1996 beraten. Der Ausschuß hat einstimmige Kenntnisnahme des Agrarberichts 1996 beschlossen. Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3978 – wurde mehrheitlich angenommen. In der gleichen Sitzung wurde die Ablehnung der Entschließungsanträge der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3997 – dem federführenden Ausschuß empfohlen.

Der Ausschuß für Gesundheit hat die Vorlagen in seiner 55. Sitzung am 8. Mai 1996 behandelt und den Agrarbericht 1996 der Bundesregierung auf Druck-

sachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) zur Kenntnis genommen sowie dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/3978 mehrheitlich zugestimmt. Die Entschließungsanträge der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3997 – wurden mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Agrarbericht 1996 – Drucksachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) – sowie die Entschließungsanträge der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3978 –, der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3997 – in seiner Sitzung am 12. Juni 1996 behandelt und dem federführenden Ausschuß mitgeteilt, daß er auf eine Beratung der Vorlagen verzichtet.

In seiner Sitzung am 8. Mai 1996 hat der Haushaltsausschuß die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Agrarbericht 1996 – Drucksachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) – beraten und dem federführenden Ausschuß empfohlen, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. In gleicher Sitzung hat der Haushaltsausschuß den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/3978 – behandelt und mehrheitlich angenommen, die Entschließungsanträge der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3997 – wurden mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Agrarbericht 1996 – Drucksachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) – am 24. April 1996 beraten und dem federführenden Ausschuß empfohlen, diese zur Kenntnis zu nehmen. Im übrigen wird die Bundesregierung aufgefordert,

1. beginnend mit dem Agrarbericht 1997 dem Tourismus auf dem Lande ein eigenes Kapitel zu widmen und dort für diese Urlaubsform insbesondere die Entwicklung der Fördermaßnahmen statistisch
 - a) im Infrastrukturbereich,
 - b) im einzelbetrieblichen Bereich,
 - c) für die Dorfentwicklung
 darzustellen,
2. über die Modellvorhaben „Einkommenssicherung durch Dorftourismus“ in den neuen Bundesländern zu berichten,
3. die Agrarstrukturpolitik konzeptionell so auszugestalten, daß der ländliche Tourismus integraler Bestandteil der Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume wird. Insbesondere sind hier Maßnahmen zur Direktvermarktung zu unterstützen.

Darüber hinaus hat der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus davon abgesehen, die Entschließungsanträge der Fraktionen zum Agrarbericht auf den Drucksachen 13/3977, 13/3978 und 13/3997 zu beraten.

Der federführende Ausschuß hat den Agrarbericht 1996 – Drucksachen 13/3680, 13/3681 (Materialband) – sowie die Entschließungsanträge der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., der Fraktion der SPD sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in seiner 45. Sitzung am 12. Juni 1996 beraten.

2. Inhalt der Vorlagen

2.1

Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/3978 – soll durch den Deutschen Bundestag zunächst festgestellt werden, daß unter anderem die landwirtschaftlichen Betriebe im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1994/95 zwar einen deutlichen Gewinnanstieg erzielt haben, dennoch die Einkommenslage in der Landwirtschaft insgesamt nach Verlusten in den beiden vorangegangenen Jahren trotz gestiegener Ausgleichszahlungen nicht zufriedenstellend und der Einkommensabstand zu vergleichbaren Berufsgruppen nach wie vor hoch ist.

Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/3978 – soll durch den Deutschen Bundestag unter anderem anerkannt werden, daß

- die Bundesregierung den schwierigen strukturellen Anpassungsprozeß der Landwirtschaft mit einer Vielzahl von Maßnahmen und mit umfangreichen Finanzmitteln vor allem in der Struktur- und Sozialpolitik aber auch im Steuer- und Währungsbereich unterstützt hat und weiterhin unterstützen wird;
- die Bundesregierung sich im EU-Agrarministerrat im Juni 1995 erfolgreich für die Aufwertungsfestigkeit der Reformausgleichszahlungen und Strukturbeträge eingesetzt und darüber hinaus zugunsten der deutschen Landwirtschaft einen Ausgleich für aufwertungsbedingte Einkommensverluste durchgesetzt hat, für den EU- und Bundesmittel bereitgestellt werden;
- mit den Änderungen des Agrarsozialreformgesetzes 1995 die Bäuerinnen in vertretbarer Weise mehr Befreiungsmöglichkeiten von der Versicherungspflicht erhalten und die Anrechnung von Versicherungszeiten verbessert wird;
- durch Fachgesetze die gute fachliche Praxis definiert worden ist und die Landwirte dadurch Rechtssicherheit erhalten haben;
- unter maßgeblichem Einsatz der Bundesregierung europaweit eine tierschutzwirksame zeitliche Begrenzung der Tiertransporte erreicht worden ist.

Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/3978 – wird die Bundesregierung aufgefordert, unter anderem

- sich bei der anstehenden Regierungskonferenz der EU für institutionelle Anpassung einzusetzen, um

die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der europäischen Grenzen zu verbessern;

- sich möglichst frühzeitig für die Fortsetzung einer Mengenregelung bei Milch in der EU über das Jahr 2000 hinaus einzusetzen, damit Milcherzeuger und Milchwirtschaft Klarheit für ihre betrieblichen Planungen und Investitionen erhalten und die Milchproduktion in schwierigen Produktionsregionen aufrecht erhalten werden kann;
- die in der EU geltende 90-Tier-Obergrenze bei der Gewährung der Rinderprämien angemessen zu erhöhen;
- weiterhin dafür einzutreten, daß die EU-Kommission in ihrer Ausfuhr- und Beihilfenpolitik im Milch-, Fleisch- und Getreidebereich stärker das Ziel der Preisstabilisierung verfolgt;
- dafür einzutreten, daß die Ausgangsbedingungen für eine wettbewerbsstarke und auf den Markt ausgerichtete, eigenverantwortlich geführte Landwirtschaft weiterhin verbessert wird, die gleichzeitig ihrer Verantwortung für Umwelt und Tierschutz gerecht wird und eine flächendeckende Landbewirtschaftung ermöglicht;
- die einzelbetriebliche Investitionsförderung – nach Auslaufen der EU-Sonderförderung für die neuen Bundesländer – auf der Grundlage des Agrarinvestitionsförderungsprogramms unter Beachtung differenzierter Strukturerfordernisse zu vereinheitlichen;
- die Landwirtschaft besser in die Lage zu versetzen, neue Erwerbsfelder zu erschließen und kaufkräftige Absatzmärkte, z.B. für nachwachsende Rohstoffe, auch bei veränderter Getreidemarktlage auszubauen;
- die Agrarstrukturpolitik – im Zusammenspiel mit Regional- und Arbeitsmarktpolitik – als Instrument der integralen Entwicklung ländlicher Räume weiterzuentwickeln;
- die Einkommenskombinationen in landwirtschaftlichen Unternehmen, z.B. durch verbesserte Umnutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude, zu unterstützen und
- dafür einzutreten, daß die von der deutschen Landwirtschaft erbrachten besonderen ökologischen Leistungen und Pflege der Kulturlandschaft abgegolten und umweltbedingte Auflagen der Landwirtschaft von der Allgemeinheit entschädigt werden.

2.2

Durch den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – soll der Deutsche Bundestag unter anderem feststellen, daß der Agrarbericht 1996 als Maßstab für die Agrarpolitik der Bundesregierung deutlich macht, daß

- der ausgewiesene Gewinnanstieg im Berichtszeitraum 1994/95 die Gewinneinbußen der Vorjahre nicht ausgleichen konnte;
- der Einkommensabstand zwischen Landwirtschaft und übriger Wirtschaft sich nicht verringert hat;

- die Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft zu den Hauptkonkurrenten im EU-Binnenmarkt sich verschlechtert hat,
- weitere Marktanteile im Veredelungsbereich verloren gehen, die überwiegend von der Konkurrenz im EU-Binnenmarkt genutzt werden,
- große Probleme im Verarbeitungs- und Vermarktungsbereich bestehen, wie die Diskussionen um Strukturkrisenkartell für Schlachthöfe und die Probleme in der bayrischen Molkereiwirtschaft exemplarisch zeigen,
- erhebliche öffentliche Mittel zum Aus- und Aufbau von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen – vor allem in den neuen Ländern – aufgewendet wurden, die zu Überkapazitäten führten und sich zum Teil als Fehlinvestition erwiesen.

Der Deutsche Bundestag soll aufgrund des Antrags der Fraktion der SPD weiterhin feststellen, daß

- der deutschen Landwirtschaft 1995 durch die Aufwertung der Grünen Kurse beträchtliche Einkommensverluste entstanden sind, die auszugleichen waren;
- nach dem GATT/WTO-Abkommen ab dem Wirtschaftsjahr 1995/96 die interne Stützung, die Exportsubventionen, vor allem die Gemeinschaftspräferenz und der Außenschutz in Stufen substantiell abgebaut wird;
- bisher nach vielen Ankündigungen weder die Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz noch ein Bodenschutzgesetz dem Deutschen Bundestag zur Beratung und Entscheidung zugeleitet worden sei,
- die Düngeverordnung erst nach langwierigen und zögerlichen Beratungen und stark abgeschwächt erlassen und
- ökologische Kriterien bei der Förderung nicht mit ausreichendem Nachdruck verfolgt worden seien.

Durch den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert,

- angesichts der Einkommens- und Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft in Zukunft im Interesse der Sicherung des Agrarstandortes Deutschland und im Interesse der Entwicklung ländlicher Räume alles daran zu setzen, daß die zur Verfügung stehenden knappen Fördermittel des Bundes und der EU vorrangig für investive und nicht für konsumtive Zwecke eingesetzt werden;
- die Förderpolitik gezielt zugunsten von Landwirtschaft und ländlichem Raum so zu gestalten, daß unsere landwirtschaftlichen Unternehmen für den Wettlauf um die Märkte bei der Fortführung der Reformpolitik der EU, der Osterweiterung der EU und der weiteren Öffnung unseres Agrarmarktes im Rahmen der zukünftigen GATT/WTO-Verhandlungen gerüstet und gleichzeitig in der Lage sind, umweltverträglich zu wirtschaften;
- die Produktion nachwachsender Rohstoffe umweltverträglich so zu gestalten, daß die Märkte volkswirtschaftlich sinnvoll entwickelt werden;

- endlich ihre Pläne hinsichtlich der künftigen Gestaltung der Milchmarktpolitik in der EU vorlegt;
- alles daran zu setzen, daß die Tierbestände in den neuen Ländern nicht weiter abgebaut werden und der einseitige Marktfruchtabbau, der einer Kreislaufwirtschaft entgegensteht, nicht weiter um sich greift;
- den Umstrukturierungsprozeß in den neuen und alten Ländern so zu begleiten, daß er sozialverträglich erfolgen kann;
- die Agrarumwelt- und Naturschutzpolitik konsequent weiterzuentwickeln und eine flächendeckend umweltverträgliche Landbewirtschaftung sicherzustellen;
- eine Integralentwicklung der ländlichen Räume und Dörfer anzustreben, damit diese Räume ihre vielfältigen Aufgaben für die Gesellschaft auch in Zukunft wahrnehmen können.

2.3

Durch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3997 – soll der Deutsche Bundestag unter anderem feststellen,

- daß der Verlust von 100 000 Arbeitsplätzen im Jahr 1995 in Landwirtschaft und Gartenbau politisches Handeln der Bundesregierung zwingend notwendig macht;
- daß die ökologische Bedeutung von umweltgerechter Land- und Forstwirtschaft und regionaler Versorgung mit gesunden Lebensmitteln von der Bundesregierung weitestgehend ignoriert wird;
- daß das Handlungsdefizit und die Ignoranz der Bundesregierung gegenüber dem Zusammenbruch des Arbeitsmarktes im ländlichen Raum einer agrar- und wirtschaftspolitischen Kapitulationserklärung gleichkommt.

Durch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3997 – soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern,

- aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung von Land- und Forstwirtschaft, Wein- und Gartenbau sowie den nachgelagerten Bereichen ein „Bündnis für Arbeit und Umwelt im ländlichen Raum“ zu unterstützen und dahingehende Initiativen zu ergreifen;
- Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um dem weiteren Arbeitsmarktabbau in der Landwirtschaft wirksam zu begegnen;
- bestehende Förderprogramme mit Transferleistungen auf ökologische Leistungen und in diesem Zusammenhang stehende arbeitsplatzerhaltende und beschäftigungswirksame Effekte auszurichten.

3. Beratung im 10. Ausschuß

Bei der Beratung der Vorlagen des federführenden Ausschusses in der 45. Sitzung am 12. Juni 1996 gin-

gen die Fraktionen übereinstimmend davon aus, daß nach der Aussprache im Plenum anläßlich der Überweisung kein Aussprachebedarf mehr vorliege, da die jeweils unterschiedlichen Bewertungen der Fraktionen und Gruppe als bekannt vorausgesetzt würden.

Unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus auf Ausschußdrucksache 13/460 wurde der Bericht einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/3978 – wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – wurde von den Antragstellern dahin gehend erläutert, daß er u. a. auch deshalb erfolgt sei, da aufgrund der aktuellen Entwicklung bei den Getreidepreisen sich die Einkommensverhältnisse anders entwickelt hätten, als aufgrund der Ausgangsdaten bei Beginn der Agrarreform 1992 angenommen worden sei. Dies müsse bei weiteren agrarpolitischen Entscheidungen zur Kenntnis genommen werden. Insoweit sei die Bundesregierung aufzufordern, Daten über die aktuelle Einkommenssituation und die Einkommensentwicklung bei den Marktfuchtbetrieben – unter Berücksichtigung unterschiedlicher Betriebsgrößenklassen auf unterschiedlichen Standorten – in einem Bericht darzustellen.

Seitens der Regierungskoalition wurde dem entgegengehalten, daß vor Ende des Wirtschaftsjahres nicht mit exakten Zahlen aufgewartet werden könne.

Man schlage daher vor, den Antrag zurückzustellen und statt dessen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aufzugeben, Vorschläge zu machen, wie man für die Zwischenzeit aussagekräftige Daten erhalten könne.

Der Ausschuß hat den Antrag auf Ausschußdrucksache 13/511 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuß hat den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/3977 – mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3997 – wurde durch die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS mehrheitlich abgelehnt.

Namens des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wolle der Deutsche Bundestag beschließen, den Entschließungsantrag – Drucksache 13/3978 – unverändert anzunehmen und die Entschließungsanträge – Drucksachen 13/3977 und 13/3997 – abzulehnen und im übrigen den Agrarbericht unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus auf Ausschußdrucksache 13/460 zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 12. Juni 1996

Siegfried Hornung

Berichterstatler

Dr. Gerald Thalheim

Berichterstatler